



Stellungnahme von DaMOst zum Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses

Wir als Dachverband und Interessenvertretung der ostdeutschen Migrant*innen möchten aus einer ostdeutsch-migrantischen Perspektive Stellung zu den vorgeschlagenen Maßnahmen nehmen:

Zuerst möchten wir betonen, dass uns durchaus bewusst ist, dass die Verabschiedung des Maßnahmenkataloges ein wichtiger politischer Moment in unserem Land ist. Der Versuch, Probleme mit neuen Mitteln anzugehen, wird deutlich und wir schätzen die Bemühungen der involvierten Institutionen und Personen. Wir werden die Erreichung der Ziele kritisch begleiten und stehen zur Verfügung, um an der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmen mitzuwirken.

Wir vermissen allerdings eine Gesamtstrategie, eine Verknüpfung der Maßnahmen und eine Themenzentrierung: eine inhaltliche Zusammenfassung zu Arbeitspaketen, Clustern o.ä. (nicht nur die Ressort-Zuordnung) und eine systematische Zuordnung der Maßnahmen zu den anfangs genannten Zielen. Ebenso fehlen aus unserer Sicht eine Terminierung der Maßnahmen und die Angabe von Indikatoren zur Zielerreichung. In allen kritischen Punkten schließen wir uns der Einschätzung unseres Dachverbandes, der bkmo - Bundeskonferenz der Migrant:innenorganisationen - an und regen an, die von der bkmo bereits im Vorfeld und begleitend zum Kabinettsausschuss entwickelte Agenda 2025 stärker zu berücksichtigen.

Das Thema Ostdeutschland wird leider nicht explizit erwähnt, weder spezifische Maßnahmen, wie von uns gefordert, werden benannt noch werden die besonderen Herausforderungen und Potenziale in Ostdeutschland als Querschnittsthema benannt.

Nur 5% der Migrant*innen in der Bundesrepublik Deutschland leben in Ostdeutschland. Diese sind häufiger von Rassismus und Rechtsextremismus betroffen als Migrant*innen in Westdeutschland; viele hegen den Wunsch, Ostdeutschland zu verlassen. Ein Teil der 5% haben sich in migrantischen oder postmigrantischen Organisationen zusammengeschlossen, um die Herausforderungen anzugehen. Sie leisten harte Arbeit unter erschwerten Bedingungen; ihre Arbeit benötigt besondere Unterstützung.

Daher fordern wir heute: 10% der von der Bundesregierung bereitgestellten 1 Mia. € sollen migrantischen und postmigrantischen Organisationen in Ostdeutschland für ihre Infrastruktur und den Aufbau flächendeckender Anlaufstellen zugutekommen. Das bedeutet: 100 Mio. € in 4 Jahren, also pro Jahr 25 Mio. 25 Mio. pro Jahr für 5 Bundesländer – je ostdeutsches Bundesland und Jahr also 5 Mio. €. Damit werden die Organisationen in die Lage versetzt, sich zu stabilisieren und tragfähige Strukturen aufzubauen.

Unsere Forderungen (siehe Tabelle unten) nach spezifischen Programmen für eine spezifische Situation, nach einer Aufarbeitung der Geschehnisse in den 90er Jahren sowie ostdeutschlandspezifische Maßnahmen in vielen Bereichen werden leider nicht aufgegriffen. Auch die Wahrnehmung der Potenziale Ostdeutschlands, eine spezifische Datenerhebung (evtl. auch im Rahmen des Rassismusmonitors), eine nötige institutionelle Förderung von Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland, die Abschaffung des Königsteiner Schlüssels für Integrationsprojekte und weitere Forderungen finden leider ebenfalls keinen Eingang in den Katalog.

Die unter Punkt 88 und 89 genannten Maßnahmen, die beim Beauftragten der Bundesregierung für die „neuen“ Bundesländer angesiedelt sind, sind in keiner Weise ausreichend, um der Spezifik Ostdeutschlands gerecht zu werden. In Punkt 88 (der dennoch eine wichtige Aufgabe benennt) wird impliziert, dass jegliche Spezifik eine Folge der Verhältnisse in der DDR sei, was aus unserer Sicht nicht der Fall ist. Im Punkt 89 wird eine Art „Gefahrenprognose“ anvisiert, in der eine bestimmte Deutung der Herausforderungen Ostdeutschlands als Sicherheitsproblem mitschwingt und die aus unserer Sicht nicht in die Zuständigkeit des Beauftragten gehört.

Im Zuge der genannten Maßnahmen sind sicherlich einige Verbesserungen für Ostdeutschland möglich, aber wir befürchten, dass der Katalog den spezifischen Herausforderungen in Ostdeutschland nicht gerecht wird.

Hier noch einmal unsere Forderungen, die wir eingereicht hatten, bevor der Ausschuss die Maßnahmen beschloss, in gekürzter Form:

1.	Es ist uns wichtig, dass die besondere Situation Ostdeutschlands als Querschnittsthema in allen Bereichen mitgedacht wird.	Keine Aussagen im Katalog
2.	Datenlage: Im Sinne eines Monitorings, das auf die tatsächlichen Bedarfslagen abstellt, ist es notwendig, eine gesonderte Datenerhebung für Ostdeutschland vorzunehmen, um eine Differenzierung zwischen der Situation in Ost und West vornehmen zu können, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten klar benennen und somit die zu entwickelnden Hebel an der richtigen Stelle ansetzen zu können. Die Analysen für Ostdeutschland sollten sachlich bleiben und nicht wiederum die „Ostdeutschen an sich“ stigmatisieren und ihnen einen generellen Hang zu antidemokratischen Haltungen unterstellen.	Keine Aussagen im Katalog
3.	Dabei ist es wichtig, auch die Potenziale der Gesellschaft, insbesondere der Migrationsgesellschaft, in Ostdeutschland, wahrzunehmen und diese in die öffentlichen Diskurse einzuspeisen. Die Migrant*innen in Ostdeutschland sind sehr gut organisiert, größtenteils überethnisch und generationenübergreifend. Sie haben sich eine wichtige Stimme in der Gesellschaft erobert. Ihre Organisationen sind jung, demokratisch, flexibel, offen, denken kreativ außerhalb vorgegebener Strukturen, kooperieren sehr stark miteinander und bringen sich in gesellschaftliche Prozesse ein.	Keine Aussagen im Katalog
4.	Um die Situation in Ostdeutschland längerfristig zu entschärfen, ist eine (in Teilen bereits begonnene) Aufarbeitung der Situation nach der Wende nötig. Dies gilt auch für die Situation von Migrant*innen in einem neuen Deutschland, in dem die Freude über die Wiedervereinigung schnell in einen Hass gegen alles, was vermeintlich nicht in das schöne neue Deutschland passte, umschlug	Keine Aussagen im Katalog
5.	Arbeit gegen Rassismus und Diskriminierung: Aufgrund der Situation in Ostdeutschland sind Einrichtungen, die Betroffene von Diskriminierung aufgrund der Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder	Keine Aussagen im Katalog. Die Einrichtung einer Hotline ist eine gute Idee, hat aber nur

	Religion unterstützen, besonders wichtig. Es bedarf flächendeckender Antidiskriminierungsangebote in allen ostdeutschen Ländern sowie unabhängiger Ombudsstellen.	ergänzend zu den geforderten Maßnahmen Sinn
6.	Empowerment für Migrant*innen und PoC, insbesondere für junge Leute, die sich neben der entwicklungsbedingten Identitätsbildung gleichzeitig mit Anfeindungen aus ihrem Umfeld auseinandersetzen müssen, ist aufgrund der vielfach genannten Faktoren und der weniger vorhandenen Möglichkeiten, sich in einem geschützten Raum zu bewegen, in Ostdeutschland nötiger als in Westdeutschland.	Empowerment ist enthalten, allerdings nicht spezifisch für Ostdeutschland. Wir halten an der Forderung eines speziellen Programms für Ostdeutschland fest.
7.	Die Bekämpfung von Rechtsextremismus in Ostdeutschland ist eine besondere Aufgabe: beispielhaft ist hier die Forderung nach lückenloser Aufklärung der Aktivitäten des rechtsextremistischen Netzwerkes „Nordkreuz“ zu nennen. Die Rolle, die hier Polizei, Verfassungsschutz und andere Institutionen bei der Aufklärung der Ereignisse in Lichtenhagen, Hoyerswerda, den NSU-Morden in den östlichen Bundesländern wie Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern gespielt haben, muss dringend aufgearbeitet und zukünftig verändert werden	Rechtsextremismus wird adressiert, aber auch ohne ostdeutsche Spezifika deutlich zu machen. An dieser Stelle vermissen wir den Willen zu einer lückenlosen Aufklärung weiterhin.
8.	Der niedrigere Anteil an Migrant*innen in der Bevölkerung in Ostdeutschland darf nicht dazu führen, dass weniger Mittel für „Integrations“-Projekte bereitgestellt werden. Im Gegenteil müssen mehr Mittel fließen, da die Notwendigkeit für Projekte und Initiativen aus einem Demokratiedefizit herrührt und nicht aus einem Mangel an „Integration“, weshalb die tatsächlich vorhandene Anzahl von Migrant*innen oder PoC keine Rolle spielt, geht es um rassismuskritische, social justice, demokratiefördernde oder gemeinwesenorientierte Ansätze.	Keine Aussagen im Katalog. Der „Rassismus ohne Migrant*innen“, also vermehrte Ablehnung von Zuwanderung in durch Abwanderung weitgehend homogenisierten Regionen, muss dazu führen, dass die in diesen Regionen (noch) lebenden Migrant*innen besonders gefördert werden müssen.
9.	Institutionelle Förderung von Migrant*innen und ihren Organisationen in Ostdeutschland ist ein Schritt in die richtige Richtung, dem weitere Schritte folgen müssen. Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland als wichtige Stimme der Betroffenen benötigen vielfache Unterstützung, um ihrer Arbeit nachgehen zu können.	Keine Aussagen im Katalog, aber immens wichtig.
10.	Wir fordern, dass besonderes Augenmerk darauf gelegt wird, menschenfeindliche Einstellungen und diesbezügliche Handlungen unter dem Deckmantel der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung in der Polizei, der Verwaltung und staatlichen Institutionen zu bekämpfen, frühzeitig zu erkennen und präventive Elemente in die Ausbildung zu integrieren. Das reine Abverlangen einer Zustimmung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung reicht nicht aus, da anzunehmen ist, dass jemand, der oder die dieser nicht zustimmt, dies nicht öffentlich sagen wird.	Einige Maßnahmen sind im Katalog genannt, aber auch hier braucht es spezifische Maßnahmen, da aufgrund der allgemein höheren Zustimmungswerte zu Rechtspopulismus in Ostdeutschland davon auszugehen ist (und unsere Erfahrungen bestätigen dies), dass der Anteil

		antidemokratischer Kräfte in den Sicherheitsorganen in Ostdeutschland höher ist als in Westdeutschland.
--	--	---

Rückfragen bitte an:

anja.treichel@damost.de